

Bezeichnung der Bauleistung:

Sanierung der historischen Unstrutbrücke in Helmsdorf

Vergabe-Nr. : gem. Formblatt 213

Baubeschreibung

(bleibt beim Bieter)

Inhalt

Baubeschreibung

siehe Inhaltsverzeichnis

Seite

1 – 30

Leistungsverzeichnis

Langtext-/ Preis-Verzeichnis /
Bieterangabenverzeichnis

1 – 138

Abrechnungseinheiten (AE)						Besondere	Kennzeichen	
m	M	Meter	t	T	Tonne	G	Grundposition	
km	KM	Kilometer	h	H	Stunde	W	Wahlposition	
m ²	M ²	Quadratmeter	d	D	Tag	F	Freie	Menge
km ²	KM ²	Quadratkilometer	Mt	MT	Monat		(vom Bieter	anzugeben)
ha	HA	Hektar	kwh	KWH	Kilowattstunde			
m ³	M ³	Kubikmeter	St	ST	Stück			
kg	KG	Kilogramm	Psch	PSCH	Pauschal			
l	L	Liter						

Sanierung der historischen Unstrutbrücke in Helmsdorf

Brückenbauarbeiten

Vergabe-Nr. : gem. Formblatt 213

Baubeschreibung

Inhaltsverzeichnis Baubeschreibung

0.	Anforderungen Angebotsabgabe	5
0.1	Nachweise § 6, Abs. 3, Nr. 3, VOB Teil A	5
1.1.	Auszuführende Leistungen.....	5
Das vorliegende Leistungsverzeichnis beinhaltet die Sanierung der Unstrutbrücke in der Straße „Hütte“ in dem Dorf Helmsdorf der Gemeinde Stadt Dingelstädt. Das Vorhaben betrifft das Flurstück 661 in der Flur 1, Gemarkung Helmsdorf.....		
Der Ortsteil Helmsdorf liegt im Eichsfeldkreis in Thüringen.....		
1.2.	Besonderheiten bei der Herstellung.....	9
1.3.	Ausgeführte Vorarbeiten.....	14
1.4.	Ausgeführte Leistungen.....	14
1.5.	Gleichzeitig laufende Arbeiten.....	14
2.	Angaben zur Baustelle	14
2.1.	Lage der Baustelle.....	14
2.2.	Vorhandene öffentliche Verkehrswege	14
2.3.	Zugänge, Zufahrten	14
2.4.	Anschlussmöglichkeiten an Ver- und Entsorgungsleitungen.....	14
2.5.	Lager- und Arbeitsplätze.....	14
2.5.1.	Baustelleneinrichtung	14
2.5.2.	Baustellenräumung.....	14
2.5.3.	Bodenzwischenlagerung.....	15
2.6.	Gewässer	15
2.7.	Baugrundverhältnisse.....	15
2.8.	Seitenentnahmen und Ablagerungsstellen.....	15
2.9.	Schutz - Bereiche und Objekte	15
2.10.	Anlagen im Baubereich.....	16
2.11.	Öffentlicher Verkehr im Baubereich	16
3.	Angaben zur Ausführung.....	17
3.1.	Verkehrsführung/Verkehrssicherung.....	17
3.1.1.	Örtliche Gegebenheiten.....	17
3.1.2.	Allgemeine Bedingungen für die Verkehrssicherung.....	17
3.2.	Bauablauf	18
3.3.	Wasserhaltung.....	18
3.4.	Bauehelfe	18
3.5.	Stoffe/Bauteile	19
3.6.	Straßenbau.....	19
3.7.	Abfälle	19
3.8.	Winterbau	20
3.9.	Beweissicherung	20
3.10.	Sicherungsmaßnahmen	20
3.11.	Belastungsannahmen	20
3.12.	Vermessungsleistungen, Aufmaßverfahren	20
3.12.1.	Abrechnungsvereinbarungen	20
3.12.2.	Bauabrechnung mit Datenverarbeitungsanlagen	21
3.12.3.	Bauliche Aufwendungen für die Aufrechterhaltung des Verkehrs.....	21
3.12.4.	Elektromagnetische Dickenmessung	21
3.12.5.	Oberbodenabrechnung.....	21
3.12.6.	Vermessung	21
3.12.7.	Bestandsvermessung	21
3.13.	Prüfungen und Nachweise.....	22
3.13.1.	Eignungsprüfungen, Eignungsnachweise, Erstprüfungen	22
3.13.2.	Eigenüberwachungsprüfungen	22
3.13.3.	Kontrollprüfungen	23
3.13.4.	Zusätzliche Kontrollprüfungen	23
3.13.5.	Kontrollprüfungen an Kanälen und Schächten	23
3.13.6.	Bohrkernentnahmestellen	23
3.13.7.	Güteüberwachung von Gesteinsmaterial	23
3.13.8.	Nachweis der Betongüte.....	24

3.13.9. Muster für Bauteile.....	24
4. Ausführungsunterlagen	25
4.1. Vom Auftraggeber zur Verfügung gestellte Ausführungsunterlagen	25
4.2. Vom Auftragnehmer zu erstellende bzw. zu beschaffende Ausführungsunterlagen	25
5. Zusätzlich Technische Vorschriften und Vertragsbedingungen	26
(gem. § 1 Nr.2 VOB/B)	26
6. Bauwesenversicherung.....	28
7. Kalkulation	28
8. Besondere Bedingungen für technische Vorschriften.....	28
9. Rechnungslegung/ Aufmaße	28
10. Durchführung des Bauvorhabens/ Ausführungsfristen	29
11. Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen, die Vertragsbestandteil werden Fehler! Textmarke nicht definiert.	
11.1. Einrichtung und Sicherung der Baustelle.....	Fehler! Textmarke nicht definiert.
11.2. Fachbereich Straßenbautechnik / Qualitätsicherung.....	Fehler! Textmarke nicht definiert.
11.3. Fachbereich Brücken- und Ingenieurbau.....	Fehler! Textmarke nicht definiert.
11.4. Fachbereich Landschaftsbau	Fehler! Textmarke nicht definiert.
11.5. Fachbereich Betrieb und Verkehr.....	Fehler! Textmarke nicht definiert.

Baubeschreibung

0. Anforderungen Angebotsabgabe

0.1 Nachweise § 6, Abs. 3, Nr. 3, VOB Teil A

Bieter müssen mit Angebotsabgabe die nachfolgend aufgeführten Qualifikationen bzw. Nachweise besitzen und vorlegen:

- Nachweis einer Präqualifizierung für AN und ggf. NU,
alternativ:
 - Bescheinigungen in Steuersachen
 - Unbedenklichkeitsbescheinigung Krankenkasse
 - Unbedenklichkeitsbescheinigung tariflicher Sozialkassen
 - Bescheinigung Betriebshaftpflicht
 - Bescheinigung Berufsgenossenschaft
 - Gewerbeanmeldung, Handelsregister, Eintrag Handwerksrolle
 - Eigenerklärung zur Eignung durch Formblatt 124

1.1. Auszuführende Leistungen

Das vorliegende Leistungsverzeichnis beinhaltet die Sanierung der Unstrutbrücke in der Straße „Hütte“ in dem Ortsteil Helmsdorf der Gemeinde Stadt Dingelstädt. Das Vorhaben betrifft das Flurstück 788/530 in der Flur 2, Gemarkung Helmsdorf.

Der Ortsteil Helmsdorf liegt im Eichsfeldkreis in Thüringen.

Im Zuge der Maßnahmenrealisierung erfolgt der Abbruch und die Erneuerung der vorhandenen Fahrbahn inkl. der Austausch der Gewölbeauffüllung sowie die Instandsetzung der Gewässersohle und der Natursteinwände.

Die gesamten Arbeiten werden im Auftrag und für Rechnung der

Stadt Dingelstädt
Geschwister-Scholl-Straße 28
37351 Dingelstädt / Eichsfeld

ausgeführt.

Zweck und Nutzung

Die Notwendigkeit für die Sanierung des Bauwerkes begründet sich in dem schlechten baulichen Zustand der vorhandenen Brücke, wie auch die Brückenprüfung vom 24.04.2024 bestätigt hat. Die Brücke wurde als 2-feldrige Bogenbrücke aus Kalkstein im 17. Jahrhundert errichtet und später mit einem weiteren Bogen aus Sandstein erweitert.

Die Verkehrs- und Standsicherheit ist mit geringen Einschränkungen gegeben. Mittelfristig ist eine Schadensausbreitung oder Folgebeschädigung anderer Bauteile zu erwarten, wodurch die Dauerhaftigkeit des Bauwerks beeinträchtigt wird. Eine im Jahr 2024 durchgeführte Bauwerksprüfung nach DIN 1076 ergab eine Bauwerksbewertung der Zustandsnote 3,4.

Die unzureichenden Tragfähigkeiten und instabile Absturzsicherungen gefährden die Verkehrssicherheit erheblich.

Vor dem Hintergrund der aufgeführten Schäden hat sich die Stadt Dingelstädt dazu entschlossen, die Brücke zu sanieren. Dabei steht neben der Verbesserung der Standsicherheit, Verkehrssicherheit und Dauerhaftigkeit des Bauwerks auch eine Stärkung der Attraktivität des Ortskerns und deutliche Erhöhung der Nutzungsqualität für den Radverkehr sowie den gemeindlichen Anliegerverkehr im Focus.

Technische Gestaltung der Maßnahme

Die Brücke stellt sich als dreiteilige Bogenbrücke dar. Die Bögen aus Naturstein sollen in ihrer Form erhalten bleiben. Es ist vorgesehen, den gesamten Überbau aufgrund seines schlechten baulichen Zustandes zu erneuern. Es soll eine Stahlbetonplatte mit angeformten Kappen errichtet werden. Der Fahrbahnbereich wird mit einer Breite von 4,00 m ausgestattet. Die Kappen erhalten eine Breite von jeweils 0,90 m.

Die vorhandene Straße wird anschließend an das neue Bauwerk angepasst und wieder angebunden.

Gründung

Das bestehenden Brückenbauwerk wird beidseitig von jeweils 2 großen Linden eingegrenzt, deren Wurzeln sich in den unmittelbaren Widerlager- und Flügelbereichen befinden und dort zu Verformungen und Verschiebungen von Bauwerksteilen geführt haben. Eine fachgerechte Sanierung der Brücke mit Beseitigung der vorhandenen Schäden erfordert das Fällen der Bäume und das Entfernen der Wurzeln. Zum landschaftspflegerischen Ausgleich beinhaltet die geplante Maßnahme die Neuanpflanzung von insgesamt 20 einheimischen hochstämmigen Laubbäumen.

Die vorhandenen Widerlager und Flügelwände bzw. Stützwandanschlüsse sind hinter dem Natursteinmauerwerk bis auf deren Gründungssohle freizulegen. Zur Verstärkung der Natursteinwände (Widerlager und Flügelmauern) werden 0,50 m breite Betonfundamente entlang der Rückseite der Natursteinwände als Auflager für die neue geplante Überbauplatte aus Stahlbeton hergestellt.

Widerlager, Flügel

Verstärkung der Widerlager:	siehe Gründung
Natursteinwände:	die obersten 2 bis 3 Mauerwerkslagen sind zu entfernen und anschließend neu zu errichten. Dabei sind zerstörte oder beschädigte Steine zu ersetzen. Alle Fuge sind auszukratzen, Wasserstrahlen (Sandstrahlen nicht zulässig) der Mauern, Neuverfugung mit Mauer- und Fugenmörtel MG IIa Bestehende Risse > 0,2 mm im Mauerwerk sind nach ZTV-Ing Teil 3, Abs.5 zu sanieren
Kappen und Flügelmauern:	Abriss der vorhandenen Randbalken, Ersatz durch neue Stahlbetonkappen mit Verankerung in die Flügelmauerverstärkungen

Pfeiler

Die losen Natursteine sind zu entfernen, Steine und Abbruchflächen sind zu reinigen. Anschließend erfolgt ein neues Einsetzen der gesäuberten Steine. Beschädigte Steine sind zu ersetzen. Dabei sind zerstörte oder beschädigte Steine zu ersetzen. Lose Fuge sind auszukratzen, Wasserstrahlen (Sandstrahlen nicht zulässig) der Mauern, Neuverfugung mit Mauer- und Fugenmörtel MG IIa. Bestehende Risse > 0,2 mm im Mauerwerk sind nach ZTV-Ing Teil 3, Abs.5 zu sanieren.

Bögen

Unterseite:	Lose Fugen sind auszukratzen, Wasserstrahlen (Sandstrahlen nicht zulässig) der Mauern, Neuverfugung mit Mauer- und Fugenmörtel MG IIa Bestehende Risse > 0,2 mm im Mauerwerk sind nach ZTV-Ing Teil 3, Abs.5 zu sanieren
Oberseite/Überbau:	Der vorhandene gebundene Fahrbahnbelag und die ungebundene Verfüllung sind bis auf die gemauerten Bögen zu entfernen. Die Oberseite der Bögen ist zu reinigen und mit Spritzbeton zu sichern. Die Verfüllung erfolgt anschließend durch einen haufwerksporigen Leichtbeton Schüttdichte 300 kg/m ³ .

Überbau

Nach dem Abriss der alten Randbalken sowie des vorhandenen Straßenoberbaus, dem Herstellen der Leichtbetonauffüllung und der Mauerwerksinstandsetzung wird eine monolithische Stahlbetonplatte über den gesamten Brückenkörper in zwei Bauabschnitten (1. Abschnitt – Mittelfeld; 2. Abschnitt – Randfelder) gebaut. Die in die Stahlbetonplatte integrierten Kappen kragen beidseitig 35 cm über die Stahlbetonplatte hinaus.

Die 25 cm dicke Stahlbetonplatte mit elastischer Bettung ersetzt somit den gesamten vorherigen Überbau. Die geometrische Ausbildung der Kappen erfolgt nach Kap 7.

Übergangskonstruktion

An den Widerlagern wird jeweils eine 3,00 m breite und 4,50 m lange Schleppplatte angehängt, um mögliche Setzungen auszugleichen. Im Übergangsbereich Brückenplatte – Schleppplatte ist im bituminösen Oberbau eine 50,0 mm breite Fuge nach ZTV-Ing Teil 6, Absch. 7 vorzusehen.

Abdichtung, Belag

Der Überbau erhält einen Brückenbelag gemäß ZTV-Ing Teil 6, Abs 1, bestehend aus einer Gussasphaltdeckschicht auf einer Gussasphaltschutzschicht, Bitumenschweißbahn und Versiegelung.

Fahrbahn zu Schrammbord: DICHT9

Kappe: DICHT4

Korrosionsschutz, Schutz gegen Tausalze

Die Kappen werden aus taumittelbeständigem Beton C35/45, XF4, XC4, XD3 hergestellt.

Entwässerung

Die Entwässerung des Überbaus erfolgt über die herzustellenden Bauwerkslängs- und querneigungen über die Widerlager hinaus in die sich anschließenden Fahrbahnbereiche in die außerhalb des Bauwerkes vorhandenen Straßenabläufe. In Brückenmitte befindet sich der Hochpunkt.

Die Entwässerung der Hinterfüllung der Widerlager erfolgt durch eine Drainage mit Auslauf in die Unterstromseite.

Absturzsicherung

Als Absturzsicherung wird ein Füllstabgeländer aus Stahl (Gel 4, 9, 10 und Gel 14) vorgesehen. Das Geländer erstreckt sich auch über die zu erneuernden Flügelmauern bzw. Ufermauerabschnitte.

Gewässersohle

Die Gewässersohle ist im Baubereich instand zu setzen. Dabei sollen lockere Steine neu gesetzt und Ausspülung mit Wasserbausteinen ergänzt werden.

Sonstige Ausstattungen

In der Brücke befindet sich die Versorgungsleitung für die Straßenbeleuchtung. (Straßenbeleuchtungskabel im Schutzrohr). Die bestehenden Leitungen sind zu sichern und in den Kappen in Schutzrohren neu einzuordnen. Zusätzlich sind jeweils 2 Leerrohre (DN 100 und DN 75) in den Kappen zu verlegen.

In der Gewässersohle befinden sich Versorgungsleitungen. (Glasfaserleitung). Die bestehenden Leitungen sind zu sichern, wenn diese in das Baufeld ragen.

Unterstromseitig befindet sich auf dem Randbalken in Brückenmitte im Bestand eine Straßenlampe. Diese wird im Zuge der Sanierung zurückgebaut und durch zwei neue Straßenlampen im Zufahrtsbereich der Brücke ersetzt.

1.2. Besonderheiten bei der Herstellung

Für die Sanierung der Bögen (Unterbauten) und des neuen Überbaus aus Ortbeton macht sich die Errichtung eines Traggerüstes erforderlich.

Da während des Bauens keine nennenswerte Querschnittsverringerung für den Gewässerdurchfluss zugelassen werden kann (dieser ist beschränkt auf die Bauzeit), wird das Traggerüst für die Bögen an statisch nachzuweisenden Quergurten angehängen, die gleichzeitig als Auflagerkonstruktionen für die Schalung der Kappen dient.

Für die Schalarbeiten selbst und die Natursteinarbeiten ist ein Arbeitsgerüst zu verwenden, welches auch als Absturzsicherung während der Bauzeit dient.

Für die geplante Baumaßnahme sind im Wesentlichen die nachstehenden Leistungen zu erbringen:

- Schaffung notwendiger Baufreiheit; Baufeld herrichten, einschl. erforderlichem Oberbodenabtrag, Gewässerumleitung herstellen
- Vorhandene Fahrbahnbefestigung in den Anschlussbereichen des Brückenbauwerks aufnehmen: Trennen, Aufbruch bzw. Fräsen der vorhandenen Asphaltbefestigung, Aufnehmen Schichten ohne Bindemittel, einschließlich Verwertung/ Entsorgung
- Abschnittsweise Sicherung der Widerlager und der Bauwerkshinterfüllung gemäß RIZ-ING Was 7
- Abbruch und Entsorgung der geplanten Brückenbauwerke einschl. Oberflächenaufbruch und Geländer
- Erforderliche Erdaushub und –arbeiten; Baugruben und Leitungsgräben herstellen
- Bauwerk sanft vom Bewuchs befreien
- Instandsetzung der Fugen im bestehenden Mauerwerk
- Instandsetzung der Gewässersohle und deren Randbereiche
- Wiederherstellung der abgetragenen Brückenbauteile
- Sicherung und Verfüllung der Brückenbögen (Gewölbe)
- Herstellung der Fahrbahntafel (Stahlbeton C30/37)
- Herstellung der Abdichtungen des Rahmenbauwerks gem. ZTV-ING
- Herstellung der Kappen (Stahlbeton C 35/45), einschl. aller Abdichtungsarbeiten
- Einbau einer Jahreszahl-Matrize gem. RIZ-ING
- Anschlussleitungen und Straßenabläufe herstellen, Verfüllung Leitungsgräben
- Herstellung Fahrbahnoberbau Brückenbauwerk: Dichtungsschicht, 3 cm Gussasphalt MA 8 N, 3 cm Gussasphalt MA 8 S
- Oberflächenwiederherstellung der Anschlussbereiche: Einbau Frostschutzschicht 0/45, Einbau von 14 cm Asphalttragschicht AC 32 T N und 4 cm Asphaltdeckschicht AC 11 D N bzw. Herstellen von Betonsteinpflasterdecke
- Böschungs-/ Grünflächenwiederherstellung: Oberboden andecken, Rasenansaat
- Einbau Stahlgeländer auf den Brückenbauwerken
- Herstellung Rastplatz inkl. Holzgeländer
- Herstellung Löschwasserentnahmestelle

Allgemeine Hinweise zur Ausführung

Vor Baubeginn erfolgt durch den Auftraggeber eine örtliche Einweisung des Auftragnehmers.

Im gesamten Baustellenbereich sind Versorgungsleitungen verschiedener Versorgungsträger (ober- und unterirdisch) vorhanden. Bei der Kalkulation sollten damit verbundene Erschwernisse für die Bauarbeiten sowie querende bzw. längs verlaufende Leitungstrassen und Sicherungsmaßnahmen (z.B. von Straßenkappen etc.) berücksichtigt werden. Die von den Versorgungsunternehmen im Vorfeld zur Verfügung gestellten Bestandsunterlagen wurden in die Ausführungsplanung eingearbeitet.

Die vorhandenen Kabel der Straßenbeleuchtung sind an der Bestandsbrücke befestigt und im Rahmen der Arbeiten zu sichern.

Der AN hat sich vor Beginn der Schachtarbeiten über die Lage eventuell vorhandener Ver- und Entsorgungsleitungen zu informieren, und die entsprechenden Schachterlaubnisscheine einzuholen.

Erschwernisse und Behinderungen, die sich aus der Kabel- und Leitungsführung im Zuge der Auskofferungsarbeiten ergeben, sind in entsprechender Leistungsposition abgegolten.

Zum Schutz der Kabel- und Versorgungsanlagen und dazugehörigen Einrichtungen wird besonders auf die Einhaltung der Vorschriften und Anordnungen sowie den in Merkblättern der jeweiligen Eigentümer enthaltenen Sicherungsmaßnahmen bei Ausführung von Bauarbeiten hingewiesen. Es gelten jeweils die zum Zeitpunkt der Bauausführung neuesten Ausgaben von Vorschriften und Merkblättern.

Für durch Verschulden des AN entstandene Schäden an Fernmeldeanlagen, Versorgungsleitungen usw. haftet allein der AN.

Es ist unbedingt einzukalkulieren, dass für technologisch bedingte Zwischenbauzustände keine gesonderte Vergütung erfolgt.

Eventuell notwendige Mehraufwendungen für den Handeinbau sind in die Einheitspreise einzurechnen.

Hinweise und Bestimmungen gem. wasserrechtlicher Genehmigung

Das Bauvorhaben befindet sich in dem Wasserschutzgebiet „Hainich-Dün-Hainleite“ Schutzzone III, IIIA.

Vor und während der Bauausführung sind dem Thüringer Landesamt für Umwelt, Bergbau und Naturschutz (TLUBN) sowie der Unteren Wasserbehörde (UWB) folgende Unterlagen vorzulegen:

- Der Baubeginn ist mind. zwei Wochen vor Beginn der Bauarbeiten schriftlich anzuzeigen.
- Mit Baubeginn ist ein Havarie- und Hochwasserschutzplan mit mindestens folgendem Inhalt zu übergeben:
 - Beginn und Ende der Bauarbeiten
 - Kurzbeschreibung des Vorhabens, insbesondere der durch Baubehelfe oder Wasserhaltungsmaßnahmen ggf. auftretenden Einschränkungen des ungehinderten Wasserabflusses
 - maximaler schadloser Wasserabfluss
 - zu veranlassende Maßnahmen
 - zu informierende Einsatzkräfte (Vorhabensträger, Baubetrieb, Bauüberwachung)

- Die Fertigstellung der Baumaßnahme ist unmittelbar nach Bauende schriftlich anzuzeigen.
- Erforderliche Ausführungszeichnungen sind vor Baubeginn Prüfung vorzulegen.
- Art und Umfang der Wasserhaltung ist vor Baubeginn darzulegen.
- Die Baumaßnahme bedarf einer wasserrechtlichen Abnahme durch die zuständigen Wasserbehörden. Zur Abnahme ist die sach- und fachgerechte Ausführung des Vorhabens nachzuweisen. Bestandspläne sind bei der Abnahme vorzulegen.
- Es ist eine Prüfung und Protokollierung der Baubereiche auf Lebensstätten, insbesondere denen des Fischotter und anderer geschützter Arten, durchzuführen. Dies dient dem Ausschluss von Verbotstatbeständen i.S. der §§ 30 Abs. 2 und § 44 Abs. 1 Nr. 2 und 3 BNatSchG. Vor der Baudurchführung ist zu prüfen, ob sich Fischotter und andere geschützte Arten

Im Zuge der Bauausführung ist darauf zu achten, dass:

- das Gewässer nicht mehr verschmutzt wird, als die Umstände es erfordern. Es sind alle Handlungen zu unterlassen, die nachteilige Auswirkungen auf die Beschaffenheit des Gewässers oder auf die Abflussverhältnisse besorgen lassen.
- die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere Leben und Gesundheit von Menschen, nicht gefährdet werden. Die Unfallverhütungsvorschriften der Bau- und Berufsgenossenschaft sind einzuhalten.
- Bau- und Abbruchmaterialien und dergleichen nicht im Gewässer und an den Ufern gelagert werden dürfen. Dennoch in das Gewässer gelangtes Material muss innerhalb einer Tagesschicht beseitigt werden.
- der Umgang mit wassergefährdenden Stoffen auf das unbedingt erforderliche Maß zu beschränken ist und unter Beachtung der einschlägigen Sicherheitsbestimmungen, der Bestimmungen des WHG sowie mit allen notwendigen Schutzeinrichtungen so zu erfolgen hat, so dass eine Gefährdung des Grund- und Oberflächenwassers nicht zu besorgen ist. Es ist zu verhindern, dass Mineralöle und sonstige wassergefährdende Stoffe ins Grund- und Oberflächenwasser gelangen können. Gelangen wassergefährdende Stoffe in Oberflächengewässer oder ins Grundwasser, so sind die Ursachen und die Folgen unverzüglich zu beseitigen. Die Rettungsleitstelle des Landkreises, die Polizei oder die UWB sind sofort zu benachrichtigen. Die Durchführung von Wartung- und Reparaturarbeiten an Baumaschinen, Geräten und Fahrzeugen sind nur auf befestigten Flächen zugelassen, wenn damit ein Umgang mit wassergefährdeten Stoffen verbunden ist.
- das Lagern von Kraftstoffen, Ölen und Schmierstoffen sowie die Betankung aus Kanistern, Fässern und sonstigen mobilen Anlagen ist nicht auf unbefestigten Flächen gestattet.
- das dauerhafte Aufschütten von Material ist nicht gestattet.
- die genehmigte Art, der Umfang und die örtliche Lage des geplanten Vorhabens einzuhalten sind. Werden bei der Bauausführung Abweichungen davon erforderlich, so ist unverzüglich eine gesonderte Entscheidung der TLUBN / UWB einzuholen.
- der Abflussquerschnitt des Baches von Treib- und Schwemmgut freigehalten wird und somit eine Verunreinigung des Gewässers (Trübung) und Verschlechterung der Gewässergüte ausgeschlossen werden kann.
- Einschränkungen des Abflussprofils des Gewässers oder sonstige Beeinträchtigungen des Abflussgeschehens während der Baudurchführung oder der

Durchführung von Instandhaltungsarbeiten an den Anlagen der TLUBN / UWB rechtzeitig vor Durchführung zur Entscheidung anzuzeigen sind.

- bauzeitlich begrenzte Wasserhaltungen ohne größere Beeinträchtigungen des schadlosen Wasserabflusses und nur in dem Umfang, in dem sie für eine zügige Baudurchführung erforderlich sind, auszuführen sind.
- das Gewässerbett so abzusichern ist, dass am Ende des Arbeitstages kein Baumaterial abgeschwemmt werden kann. Weiterhin ist der Schutz vor Hochwasser und Eisgefahr zu gewährleisten. Die Baustelle und der Standort der Baustelleneinrichtung sind nach Abschluss der Bauarbeiten gründlich zu beräumen.
- die durch die Baudurchführung entstandenen Schäden am Gewässer und an den Böschungen nach Beendigung der Bauarbeiten ordnungsgemäß und fachgerecht zu beheben sind. Schäden an baulichen Anlagen, die Auswirkungen auf den geregelten Wasser- und Hochwasserabfluss haben können, sind unverzüglich zu beräumen.
- die Gestaltung des durch die Baudurchführung beeinträchtigten Gewässers in Anlehnung an den Bestand zu erfolgen hat. Erforderliche Profilsicherungen sind vorrangig mit naturnahen Baustoffen (autochthones Material) herzustellen. Zur Erosionssicherung der Sohle und des Böschungsfußes sind Steinschüttungen bzw. -packungen zulässig. Es sind für das Gewässer typische Gesteinsarten zu verwenden.
- die Befestigungsstrecke stetig, strömungsgünstig und fachgerecht, ohne Sohlspünge, an das jeweils vorhandene Gewässerprofil anzubinden ist.
- sämtliches für den Gerinneausbau- beeinträchtigte Gewässersohle und vorgesehene Steinschüttungen bzw. -packungen verwendetes Material für den Wasserbau zugelassen muss sein.
- die vorgesehene Sohl- und Böschungssicherung als Steinpackung in einem Kiesbett sohl- und böschungsgleich gegenüber dem vorhandenen Gewässerprofil herzustellen ist.
- die Profilbefestigungen gemäß den auftretenden Schleppspannungen ausreichend standsicher gegen den Wasser- und Hochwasserangriff auszubilden sind.
- mit Abschluss der Arbeiten der Wasserlauf in einem ordnungsgemäßen Zustand zu versetzen bzw. der ursprüngliche Zustand wiederherzustellen ist.
- Die Ersatzpflanzung ist mit Baubeginn durchzuführen.
- Die Gehölzentfernung ist nur außerhalb der Brut- und Aufzuchtzeit der Vögel im Zeitraum von Anfang Oktober bis Ende Februar durchzuführen. Die zu entfernenden Gehölze sind vorher von fachkundigen Personen auf Lebensstätten nach §44 BNatSchG zu überprüfen. Die Begutachtung ist zu protokollieren und das Protokoll der UNB vorzulegen.
- Die Durchführung der Baumaßnahme ist aufgrund des Artenschutzes für den Zeitraum 01.09 bis 31.03. festgesetzt.

Hinweise und Bestimmungen gem. denkmalschutzrechtlicher Genehmigung

1. Sämtliche zum Einsatz kommende und neu eingebrachte Materialien sind in Bezug auf Beschaffenheit, Struktur und Farbigkeit im Vorfeld in geeigneter Weise mit den Denkmalbehörden abzustimmen.
2. Die vor Ort tätigen Mitarbeiter sind nachweislich über den Denkmalstatus des Ensembles und die darauf folgenden Handlungspflichten zu unterweisen.
3. Die Arbeiten sind dokumentarisch zu begleiten. Dabei sollen sowohl der überlieferte Zustand als auch der Endzustand fotografisch festgehalten werden. Die Dokumentation dient als Abstimmungsgrundlage für nachfolgende Maßnahmen und der sekundären Erhaltung des überlieferten baulichen Zustands des Denkmals. Die Dokumentation kann digital unter Verwendung verlustfreier Bilddateien an das TLDA übermittelt werden.
4. Sollten sich im Verlauf der Arbeiten aufgrund neuer Erkenntnisse oder Befunde denkmalrelevante Änderungen zu den abgestimmten Maßnahmen ergeben, sind diese der Denkmalfachbehörde unverzüglich anzuzeigen und in schriftlicher Form begründend mitzuteilen. Die Weiterführung der Arbeiten erfolgt erst nach Freigabe bzw. nach Abstimmung durch das TLDA. Eventuell ist ein erneuter Antrag auf denkmalschutzrechtliche Genehmigung erforderlich.
5. Sofern Erdarbeiten im Außenbereich bzw. Umfeld des zu sanierenden Gebäudes geplant werden, sind dem TLDA - Zuständigkeitsbereich Archäologie, Dienststelle Weimar – Art und Umfang sowie die Termine zum Beginn dieser Arbeiten mindestens zwei Wochen im Voraus mitzuteilen, damit ggf. eine denkmalfachliche Begleitung der Arbeiten durchgeführt werden kann. Die Belange der Bodendenkmalpflege werden unter Umständen auch dann berührt, wenn für die Baustelleneinrichtung, das Aufstellen von Geräten und/oder Gerüsten sowie für die Lagerung von Baumaterial Erdarbeiten, z.B. Aushub, Begradigungen etc., verbunden sind.

Hinweise zu Ver- und Entsorgungsanlagen

Der AN hat sich vor Beginn der Schachtarbeiten über die Lage eventuell vorhandener Ver- und Versorgungsleitungen zu informieren, und die entsprechenden Schachterlaubnisscheine einzuholen. Die Erkundigungspflicht des Auftragnehmers und die Einholung der Schachtscheine ist ohne gesonderte Vergütung Sache des AN

Erschwernisse und Behinderungen, die sich aus der Kabel- und Leitungsführung im Zuge der Auskofferungsarbeiten ergeben, sind in entsprechender Leistungsposition abgegolten.

Zum Schutz der Kabel- und Versorgungsanlagen und dazugehörigen Einrichtungen wird besonders auf die Einhaltung der Vorschriften und Anordnungen sowie die, in Merkblättern der jeweiligen Eigentümer enthaltenen Sicherungsmaßnahmen bei Ausführung von Bauarbeiten hingewiesen. Es gelten jeweils die zum Zeitpunkt der Bauausführung neuesten Ausgaben von Vorschriften und Merkblättern.

Für durch Verschulden des AN entstandene Schäden an Fernmeldeanlagen, Versorgungsleitungen usw. haftet allein der AN.

Siehe weiter 2.10 Anlagen im Baubereich

1.3. Ausgeführte Vorarbeiten

Beweissicherung

Im Vorfeld der Baumaßnahme wurde keine Beweissicherung durchgeführt.

Die Beweissicherung erfolgt durch den AN entsprechend dem Leistungsverzeichnis.

1.4. Ausgeführte Leistungen

keine

1.5. Gleichzeitig laufende Arbeiten

keine

2. Angaben zur Baustelle

2.1. Lage der Baustelle

Die Baustelle befindet sich in der Gemeindestraße „Hütte“ in Stadt Dingelstädt OT Helmsdorf im Eichsfeldkreis.

2.2. Vorhandene öffentliche Verkehrswege

Hütte, innerörtliche Gemeindestraße

2.3. Zugänge, Zufahrten

Besondere Zufahrten zur Baustelle sind nicht erforderlich.

Die Umleitung für die Anwohner ist vor den Bauarbeiten herzurichten. Hier soll der Fahrradweg vom Ortsteil Zella zum OT Helmsdorf umgeleitet werden. Weiterhin ist eine Hilfsbrücke (lichte Breite 1,0 m) oberstromseitig für die Anwohner über den Fluss herzustellen.

2.4. Anschlussmöglichkeiten an Ver- und Entsorgungsleitungen

Anschlussmöglichkeiten für Wasser, Abwasser, Elektrizität, Telekommunikation werden vom AG nicht zur Verfügung gestellt.

Die Entsorgung obliegt dem AN.

2.5. Lager- und Arbeitsplätze

2.5.1. Baustelleneinrichtung

Für die Baustelleneinrichtung wird vom AG der Müllcontainerstellplatz zur Verfügung gestellt.

Der AN hat weitere Flächen zur Baustelleneinrichtung selbst zu beschaffen und zu vereinbaren. Entstehende Kosten sind bei der Kalkulation preisbildend zu berücksichtigen. Sie werden nicht gesondert vergütet.

2.5.2. Baustellenräumung

Der AN hat dem AG schriftliche Entlastung der Anlieger bzw. Betroffenen mit der Abrechnung vorzulegen.

Pachtentschädigungen, die nach dem Bauendtermin anfallen (z.B. wegen Verweigerung der Abnahme, fehlender Entlastung durch den Anlieger usw.), sind vom AN zu übernehmen.

Diese Leistungen sind Nebenleistungen der OZ *Baustelle räumen*.

2.5.3. Bodenzwischenlagerung

Flächen für Bodenzwischenlagerung sind vom AN zu beschaffen und werden nicht gesondert vergütet.

2.6. Gewässer

Im unmittelbaren Baubereich befindet sich der Fluss „Unstrut“.

2.7. Baugrundverhältnisse

Von dem Baugrundgutachter „IBeg - Ingenieurbüro für Bodenmechanik, Erd- und Grundbau mbH“ aus Mühlhausen wurden im Auftrag der Stadt Dingelstädt Baugrunduntersuchungen durchgeführt. Der entsprechende geotechnische Bericht (Aktenzeichen: 05103/25/ig vom 21.07.2025) wurde den Ausschreibungsunterlagen beigelegt.

Die Untersuchungsergebnisse, Forderungen und Empfehlungen des Baugrundgutachters sind bei der Angebotskalkulation zu berücksichtigen.

Das Durchführen von Probeverdrichtungen ist kalkulatorisch zu berücksichtigen.

Die Durchführung der Eigenüberwachung im erforderlichen Umfang gehört zum geschuldeten Leistungsumfang des AN und ist in Form entsprechender Ergebnisprotokolle nachzuweisen. Ein Prüfplan für die Eigenüberwachung muss dem AG zu Beginn der Baumaßnahme vorgelegt werden.

Der AG wird Kontrollprüfungen im notwendigen Umfang durchführen und mit Wahrnehmung der Fremdüberwachung einen Bodengutachter beauftragen.

2.8. Seitenentnahmen und Ablagerungsstellen

Seitenentnahmen und Ablagerungsstellen werden von dem AG nicht zur Verfügung gestellt. In der freien Landschaft hat der AN für die Errichtung von Seitenentnahmen vor Auftragserteilung eine Genehmigung der zuständigen Behörde einzuholen.

Eine Ablagerung für den überschüssigen Boden wird von dem AG nicht zur Verfügung gestellt. Kippgebühren sind in die Einheitspreise einzukalkulieren.

2.9. Schutz - Bereiche und Objekte

Immissionsschutz

Während der Bauphase ist sicherzustellen, dass die in der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Schutz gegen Baulärm – Geräuschimmission – (AVV Baulärm) vom 19. August 1970 festgesetzten Immissionswerte für die betroffenen Gebiete entsprechend ihrer tatsächlichen Art der baulichen Nutzung während der Tagzeit und vor allem während der Nachtzeit eingehalten werden. Dabei gilt als Nachtzeit in der AVV Baulärm die Zeit von 20.00 bis 7.00 Uhr.

Gewässer, Wasserschutzgebiet

Der Umgang mit wassergefährdenden Stoffen hat unter Beachtung der einschlägigen Sicherheitsbestimmungen, der Bestimmungen der §§ 19 WHG, des Thüringer Wassergesetzes (ThürWG), der DIN-Vorschriften u.a. zutreffender Rechtsvorschriften sowie mit allen notwendigen Schutzeinrichtungen so zu erfolgen, dass eine Gefährdung des Grund- und Oberflächenwassers ausgeschlossen ist.

Die Vorgaben aktuellen Richtlinien zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen sind einzuhalten.

Der Umgang mit wassergefährdenden Stoffen ist gem. ThürWG bei TLUBN / UWB anzuzeigen.

Für Epoxidharzprodukte gilt die Gefahrgutverordnung Straße (GGVS). Der aktuelle Bedarf kann unter Einhaltung der erleichterten Bedingungen für Kleinmengenbeförderung angeliefert werden.

Für lösungsmittelhaltige Stoffe sind ebenfalls besondere Vorsichtsmaßnahmen zu treffen.

Rasenflächen sind wieder ordnungsgemäß herzustellen und bis zur Stabilisierung zu pflegen.

2.10. Anlagen im Baubereich

Der AN hat sich vor Beginn der Schachtarbeiten über die Lage eventuell vorhandener Ver- und Entsorgungsleitungen zu informieren und die entsprechenden Schachterlaubnisscheine einzuholen. Die Erkundigungspflicht des Auftragnehmers und die Einholung der Schachtscheine ist ohne gesonderte Vergütung Sache des AN.

Zum Schutz der Kabel- und Versorgungsanlagen und dazugehörigen Einrichtungen wird besonders auf die Einhaltung der Vorschriften und Anordnungen sowie den in Merkblättern der jeweiligen Eigentümer enthaltenen Sicherungsmaßnahmen bei Ausführung von Bauarbeiten hingewiesen. Es gelten jeweils die zum Zeitpunkt der Bauausführung neuesten Ausgaben von Vorschriften und Merkblättern.

Für durch Verschulden des AN entstandene Schäden an Fernmeldeanlagen, Versorgungsleitungen usw. haftet allein der AN.

2.11. Öffentlicher Verkehr im Baubereich

Die Aufstellung und Vorhaltung der Verkehrssicherung gehört zum Leistungsumfang.

Der Auftragnehmer hat die Baustellensicherung und -beschilderung nach RSA und ZTV-SA, entsprechend den verkehrsbehördlichen Anordnungen zu gewährleisten und täglich aktenkundig zu protokollieren.

3. Angaben zur Ausführung

3.1. Verkehrsführung/Verkehrssicherung

3.1.1. Örtliche Gegebenheiten

Die Bauarbeiten werden unter Vollsperrung der einzelnen Baustellenbereiche durchgeführt. Erforderliche innerörtliche Umleitungen sind herzustellen.

Die Arbeiten sind zügig unter Ausnutzung aller sich bietenden Möglichkeiten zu realisieren.

Beschilderungspläne zur Sicherung und Führung des Verkehrs sind vom AN im Einvernehmen mit der Verkehrsbehörde gemäß dem beliegendem Verkehrszeichenplan zu erstellen und zur Genehmigung vorzulegen. Eine genehmigte Ausfertigung ist dem AG zu übergeben.

Alle für die Verkehrssicherung und –absperungen erforderlichen Verkehrszeichen, Schilder, Daten usw. sollen mit einer reflektierenden Folie beschichtet sein.

Während der Bauzeit ist die gesamte Beschilderung und Absperrung zu unterhalten und durch laufende Säuberung funktionsfähig zu halten.

Veränderter Ablauf der Baumaßnahme durch örtliche Erfordernisse oder durchführbaren Änderungsvorschlag berechtigen nicht zur Änderung des Pauschalpreises.

Zusätzliche Forderungen der Verkehrsbehörde und Verkehrspolizei für ergänzende Baustellen- und Umleitungsbeschilderung sind mit der entsprechenden Position des Leistungsverzeichnisses abgegolten.

3.1.2. Allgemeine Bedingungen für die Verkehrssicherung

Transportfahrzeuge dürfen nur das zulässige Gesamtgewicht entsprechend § 34 StVZO aufweisen. Entsprechende Kontrollen behält sich der Auftraggeber vor. Bei Feststellung der Überschreitung des zulässigen Gesamtgewichtes bei Transportfahrzeugen erfolgt eine Anzeige an die Zentrale Bußgeldstelle (ZBS).

Maßgebend für die Absperrung und Beleuchtung der Baustelle sind die Straßenverkehrsordnung -StVO- sowie die Richtlinien für die Sicherung von Arbeitsstellen an Straßen (RSA).

Bei dem Transport von Bodenmassen darf unter keinen Umständen eine Verschmutzung der angrenzenden Fahrbahn eintreten. Durch den AN werden Vorkehrungen getroffen, dass weder die Fahrzeuge während der Fahrt geladenen Boden verlieren, noch an den Rädern Boden haftet, der auf dem Weg zur bzw. von der Entnahmestelle abfällt; ggf. werden die Fahrzeuge vor dem Befahren der öffentlichen Straßen gesäubert.

Wenn notwendig, werden Arbeitskräfte eingesetzt, um die Straße sauber zu halten. Boden, der von den Fahrzeugen auf die Straße gefallen ist, darf nicht auf die seitlichen Banketten geworfen werden, sondern wird abgefahren. Eine besondere Berechnung für die Sauberhaltung der öffentlichen Straßen erfolgt nicht. Bei dem Bodentransport notwendige Verkehrsposten, Verkehrsschilder, Schranken etc. sind in die Einheitspreise einzurechnen.

Für durch Verschmutzung der Straße etwa eintretende Verkehrsunfälle haftet der AN.

Anträge auf Verkehrsraumeinschränkung sind mindestens 5 Tage vor Baubeginn bei der zuständigen Behörde einzureichen.

Die Aufrechterhaltung des Anliegerverkehrs ist zu gewährleisten und entsprechend in die Positionen Baustelleneinrichtung einzukalkulieren.

Generell sind bei Arbeiten an den Leitungsgräben etc. Fußgängerbrücken bzw. Stahlplatten für ein kurzfristiges Verschließen der Überfahrten anderer Verkehrsteilnehmer vorzuhalten.

Die Unfallverhütungsvorschriften sind unbedingt einzuhalten. Da der Aushub und die Baustoffe nahezu durch den gesamten Baustellenbereich transportiert werden müssen, sind Verschmutzungen zu vermeiden bzw. täglich zu beseitigen.

3.2. Bauablauf

Vor Ausführungsbeginn hat der AN in Abstimmung mit dem AG für den gesamten Baubereich einen Bauzeitenplan mit dem Bauablauf der einzelnen Leistungen aufzustellen und dem AG in 1-facher Ausfertigung sowie digital als PDF Datei zu übergeben.

Die Ausführung der Arbeiten erfolgt in Abstimmung mit dem AG in den vor beschriebenen Bauabschnitten unter Berücksichtigung der Erfordernisse hinsichtlich der Verkehrsführung, Vorflut- und Witterungsverhältnisse.

3.3. Wasserhaltung

Während der Bauzeit erfolgt die Ableitung des anfallenden Oberflächenwassers über eine offene Wasserhaltung. Zusätzliche Maßnahmen zur Wasserhaltung gemäß Empfehlungen und Vorgaben des Baugrundgutachtens sind preisbildend zu berücksichtigen.

3.4. Baubehelfe

Allgemein

Für den vom AN gewählten Bauablauf erforderliche Baubehelfe müssen kalkulatorisch berücksichtigt werden und sind je nach Art genehmigungspflichtig durch die zuständige Behörde.

Diese Baubehelfe sind unaufgefordert nach Beendigung der Benutzung ohne besondere Vergütung zu beseitigen.

Von den AG vergütete Baubehelfe sind nach Aufforderung zu beseitigen und die Flächen zu rekultivieren. Die Vergütung erfolgt nach den entsprechenden Positionen.

Für alle anderen darüber hinaus notwendigen Baubehelfe hat der AN dem AG, soweit nach den gesetzlichen Bestimmungen oder den anerkannten Regeln der Technik statische Nachweise erforderlich werden, sämtliche Unterlagen geprüft zum Geschehensvermerk in 3-facher Ausfertigung vorzulegen. Die Kosten für die Prüfung dieser Unterlagen und die Abnahme der Bauhilfskonstruktion durch einen Prüfenieur (in Abstimmung mit dem AG) trägt der AN.

Über die Abnahme der Bauhilfskonstruktion ist ein Protokoll zu fertigen und unterzeichnet dem AG zu den Bauakten zu übergeben.

Verbau, Baugruben

Die Herstellung der Baugrubenböschung muss unter Einhaltung der Forderungen der DIN 4124 erfolgen. Die Baugruben können unter einem Böschungswinkel von $\beta = 45^\circ$ frei geböscht bzw. mit entsprechendem Verbau ausgeführt werden

Trag- und Schutzgerüste

Das Traggerüst für die Brückenbögen ist entsprechend den Vorgaben der wasserschutzrechtlichen Erlaubnis herzustellen. Die Planung und der prüffähige Standsicherheitsnachweis sind geprüft an den AG weiterzuleiten.

Sonstige Gerüste und Baubehelfe

Alle sonstigen Gerüste und Baubehelfe, außer den im Leistungsverzeichnis gesondert aufgeführten, werden nicht gesondert vergütet und sind in die entsprechenden Positionen mit einzurechnen.

3.5. Stoffe/Bauteile

Soweit nicht anders beschrieben, verstehen sich sämtliche Leistungen einschl. Lieferung der erforderlichen Baustoffe.

Betonfertigteile werden nur von Herstellern bezogen, die dem Güteschutzverband angehören.

Alle verwendeten Baustoffe dürfen zu keinem Zeitpunkt das Grundwasser schädigen. Auf Verlangen des AG hat der AN zu seinen Lasten den Nachweis der Unbedenklichkeit der verwendeten Baustoffe zu erbringen.

Nicht verbrauchte Asphaltreste dürfen nicht im Gelände gelagert werden.

Die Vorschriften zum Schutz der Gewässer und des Grundwassers sind zu beachten.

Für das einzubauende Frostschutzmaterial und das Asphaltmischgut ist mindestens 10 Tage vor Baubeginn eine Eignungsprüfung durch den AN vorzulegen.

3.6. Straßenbau

Die Arbeiten sind gemäß den Vorgaben der RSTO 12 auszuführen.

3.7. Abfälle

Die Übernahme sowie die vollständige, ordnungsgemäße und schadlose Entsorgung der Abfälle und Ausbaustoffe hat unter Beachtung der geltenden Gesetze, zugehörigen Verordnungen sowie einschlägiger umwelt- und abfallrechtlicher Bestimmungen zu erfolgen.

Sofern der AN nicht selbst die Anforderungen für die in den weiteren besonderen Vertragsbedingungen geforderten abfalltechnischen Tätigkeiten besitzt, hat der AN für die entsprechenden abfallwirtschaftlichen Tätigkeiten (einschließlich eventueller Lagerung) ausschließlich Entsorgungsbetriebe zu beauftragen und die dazugehörigen Nachweise, die die in den weiteren besonderen Vertragsbedingungen genannten Forderungen erfüllen, unmittelbar nach Zuschlagserteilung unaufgefordert vorzulegen.

Sofern der vom AN vorgesehene Entsorger / Transporteur vor der Baudurchführung zusätzliche bzw. weitere Deklarationen bzw. Analysen des Abfalls fordert, trägt die Kosten hierfür der AN. Die Probenahme darf nur in Abstimmung mit dem AG und unter dessen Beisein erfolgen.

Ergänzende Untersuchungen (Haufwerksuntersuchungen, verdichtende Untersuchungen) sind im Rahmen ergänzender Untersuchungen (werden gesondert ausgeschrieben) Haufwerksbeprobungen erforderlich, erfolgt die Herstellung der Haufwerke durch den AN in Abstimmung mit dem AG und unter dessen Anwesenheit. Die vom AN bereitzustellenden Zwischenlager sind so zu gestalten, dass schädliche Umwelteinwirkungen verhindert bzw. auf ein Mindestmaß beschränkt werden.

Nachweisverfahren beim Ausbau und der Entsorgung von gefährlichen Abfällen:

Für gefährliche Abfälle ist das elektronische Abfallnachweisverfahren (eANV) zu führen.

Der Entsorgungsnachweis wird vom AG bzw. dessen Bevollmächtigten mit dem vom AN verbindlich benannten Entsorger geführt.

Die Fristen gemäß Nachweisverordnung sind einzuhalten, verspätete oder unvollständige Angaben können zu Verzögerungen führen, die den Bauablauf beeinflussen. Sich daraus ergebende Kosten gehen zu Lasten des AN. Baubehinderungsanzeigen werden nicht anerkannt.

3.8. Winterbau

Es ist eine geplante Bauzeit vom 29.09.2025 bis zum 31.03.2026 vorgesehen.

Unterbrechung der Bauausführung und Ausfallzeit aufgrund schlechter Wetterverhältnisse ist einzukalkulieren.

Für jahreszeitlich- bzw. witterungsbedingter Bauunterbrechungen ist der gesamte Baubereich bau- und verkehrstechnisch einwandfrei abzusperren und zu sichern, die Sicherungen sind während den Unterbrechungen zu überwachen und zu unterhalten. Hierfür erfolgt keine gesonderte Vergütung. Die Sicherung des Baubereiches vor schädigenden Witterungseinflüssen (z.B. Oberflächenwasser) ist Sache des AN und wird nicht gesondert vergütet.

3.9. Beweissicherung

Vor Beginn der Arbeiten ist eine Beweissicherung durch einen zugelassenen Sachverständigen durchzuführen. Siehe *OZ Beweissicherung*

3.10. Sicherungsmaßnahmen

Es gelten die Richtlinien für die Sicherung von Arbeitsstellen an Straßen.

Die Verordnung über Sicherheit und Gesundheitsschutz auf Baustellen (Baustellenverordnung – BaustellV) ist zu beachten.

3.11. Belastungsannahmen

Rohrleitungen und Bauanlagen sind nach den Belastungsannahmen in den betreffenden Positionen statisch vom AN zu bemessen. Der statische Nachweis ist spätestens 14 Tage vor Ausführungsbeginn dem AG vorzulegen. Eine besondere Vergütung für statische Nachweise erfolgt nicht.

3.12. Vermessungsleistungen, Aufmaßverfahren

3.12.1. Abrechnungsvereinbarungen

Grundsätzlich hat der AN seine Leistungen prüfbar abzurechnen.

Leistungen, die überbaut werden oder nach Fertigstellung der Oberfläche nicht mehr einwandfrei festzustellen sind, müssen vor dem Überbauen aufgemessen und durch Originallieferscheine belegt werden.

Zur Ermittlung der Rohrgrabenbreiten und Abrechnung des Füllmaterials gilt die DIN EN 1610, zuzüglich 2 x 15 cm für den Verbau.

Mehrarbeiten, auch durch andere Verbauarten, werden nicht vergütet. Falls die vorgeschriebenen Breiten als nicht ausreichend gehalten werden, sind die Mehrkosten für eine breitere Baugrube und die Kosten für den Mehrverbrauch an Füllmaterial einzukalkulieren.

Bei der Ausführung geringerer Breiten wird Aushub und Füllmaterial nach den tatsächlich ausgeführten Breiten abgerechnet.

Für alle Positionen, die eine Abfuhr von Boden oder anderen Materialien beinhalten und keine Transportentfernung angegeben ist, muss die Abfuhr auf eine vom AN zu wählende Kippe, einschl. eventuell anfallender Kippgebühren, kalkuliert werden.

Abböschungen oder andere Ausführungsarten, durch die sich die statischen Verhältnisse ändern, bedürfen der vorherigen Genehmigung durch den AG, wobei vom AN eine entsprechende statische Berechnung für die geplante Ausführung vorzulegen ist. Eventuelle Mehrkosten werden nicht vergütet.

Sämtliche Abschlagsrechnungen sind durch Aufmaße mit zugehörigen Mengenzusammenstellungen nachzuweisen und übersichtlich aufzustellen.

Aufmaße und Skizzen sowie tabellarische Aufstellungen müssen jeweils an die Straßenachse angeschlossen werden.

Die Aufmaße sind so einzutragen, dass die genaue Lage der einzelnen Details daraus ohne Schwierigkeiten entnommen werden kann.

Die Abrechnungszeichnungen sollen auf der Grundlage der vorh. vom AG ausgehändigten Planunterlagen beruhen. In diese Pläne sind vom AN alle durch ihn baulich bzw. topografisch neu geschaffenen bzw. veränderten Einzelheiten wie z.B. Böschungen, Durchlässe, Drainagen, Straßenanschlüsse, Einläufe, Leitungen usw. in ihrer tatsächlichen Lage einzutragen. Sie müssen der Qualität von RE-Entwürfen entsprechen.

Zusätzlichen Forderungen der Auftraggeber sind Folge zu leisten.

3.12.2. Bauabrechnung mit Datenverarbeitungsanlagen

entfällt

3.12.3. Bauliche Aufwendungen für die Aufrechterhaltung des Verkehrs

entfällt

3.12.4. Elektromagnetische Dickenmessung

entfällt.

3.12.5. Oberbodenabrechnung

Die Oberbodenabrechnung erfolgt gemeinsam zwischen dem AN und der örtlichen Bauüberwachung.

3.12.6. Vermessung

Die Übergabe der Lage- und Höhenfestpunkte sowie der Achshauptpunkte erfolgt durch den AG an den AN.

Alle erforderlichen Vermessungsleistungen zur Verdichtung des Lage- und Höhenfestpunktnetzes sind vom AN zu erbringen. Entstehende Kosten sind bei der Kalkulation preisbildend zu berücksichtigen und werden nicht gesondert vergütet.

Zum Schutz bestehender Grenz- und Vermessungsmarken wird auf die Erlasse und sonstige Veröffentlichungen verwiesen.

3.12.7. Bestandsvermessung

Die Bestandsvermessung für den Brückenbau erfolgt durch den AN.

3.13. Prüfungen und Nachweise

Allgemeines

Prüfungen sind entsprechend der im Bauvertrag vereinbarten Regelwerke, Dienstanweisungen und Rundverfügungen durchzuführen. Sollten Abweichungen von den vereinbarten Leistungen oder sonstige Besonderheiten auftreten, ist der Auftraggeber (AG) unmittelbar zu informieren. Für die im Leistungsverzeichnis (LV) aufgeführten Baustoffe und Baustoffgemische sind Eignungsnachweise bzw. Erstprüfungen zu erbringen.

Genormte Baustoffe und Bauteile sind anhand der Lieferpapiere auf ihre Übereinstimmung in Bezug auf DIN, DIN EN zu prüfen.

3.13.1. Eignungsprüfungen, Eignungsnachweise, Erstprüfungen

Alle Eignungsbeurteilungen für Baustoffgemische sind dem AG nach Auftragserteilung, spätestens jedoch folgende Zeitspannen vor Einbau des Materials zur Gegenzeichnung als Vertragsbestätigung zu übergeben:

10 Werktage für ungebundene Schichten und Asphaltmischgut

2 Wochen für hydraulisch gebundene Schichten einschließlich Kaltrecycling.

Während der Bauzeit ungültig werdende Eignungsprüfungen/Erstprüfungen bzw. Eignungsbeurteilungen sind unaufgefordert zu ersetzen/ erneuern. Kosten für Eignungsprüfungen/ Erstprüfungen einschl. ausgeschriebener erweiterter Eignungsprüfungen für Asphalt sind durch den AN auskömmlich im Angebot zu berücksichtigen.

3.13.2. Eigenüberwachungsprüfungen

Der AN hat nach dem Zeitpunkt der Auftragserteilung bis spätestens zur Bauanlaufberatung einen Prüfplan der Eigenüberwachungsprüfung zu erstellen und dem AG zur Kenntnis zu geben. Der Prüfplan ist gemäß Baufortschritt zu aktualisieren. Der AN hat vor Einbau von ToB die letzte Eigenüberwachung des Steinbruches vorzulegen.

Auf Anweisung des AG sind vor Baubeginn Probefelder anzulegen und im Rahmen der Eigenüberwachung Prüfungen durchzuführen.

Kosten für Eigenüberwachungsprüfungen werden nicht gesondert vergütet und sind in die Einheitspreise einzukalkulieren. Die Ebenheit und profilgerechte Lage der Schotterdecke ist vom AN ohne besondere Vergütung nachzuweisen.

Die Fertigstellung des Untergrundplanums und des Erdplanums sowie der Oberbauschichten bedarf einer Zwischenabnahme des AG (ohne besondere Vergütung).

Die Kosten für die Erstellung und Fortschreibung des Prüfplanes der Eigenüberwachung sowie die Eigenüberwachungsprüfungen werden nicht gesondert vergütet und sind in die Einheitspreise einzukalkulieren.

3.13.3. Kontrollprüfungen

Kontrollprüfungen werden vom AG in Auftrag gegeben oder durchgeführt.

Nach Abstimmung AG - Auftragnehmer (AN) kann die Eigenüberwachungsprüfungen des AN als Kontrollprüfungen anerkannt werden. Die entsprechenden Hilfsleistungen sind gemäß LV bereitzustellen. Die Fertigstellung von Teilen der Leistung bzw. der Gesamtleistung ist dem AG umgehend mitzuteilen.

Die Tragschichten ohne Bindemittel (ToB) sind nach erfolgter Kontrollprüfung vor Überbauung durch eine gemeinsame Planumsabnahme einschließlich Protokollierung des Zustandes freizugeben.

Die Probenahme für Asphaltmischgut ist in der DA 11/ 12-33/5 v. 13.07.2012.- "Kontrollprüfungen an Asphalt- Probennahme" festgelegt.

Die Probenahme hat grundsätzlich gemeinsam zwischen Auftragnehmer und Auftraggeber oder dessen Stellvertreter zu erfolgen und ist zu protokollieren.

Die Termine der Kontrollprüfungen werden zwischen AG und AN vereinbart.

Für die Asphaltdeckschichten, Oberflächenbehandlungen und Betondecken sind die ergänzende Festlegung zur Messung und Bewertung der Griffigkeit bei der Abnahme von Bauleistungen DA Nr. 02/ 2016-33/2 vom 18.05.2016 zu beachten.

Vor Durchführung der VOB Abnahme ist vom AN die Hauptprüfung des Brückenbauwerks gemäß DIN 1076 durchzuführen.

Die Prüfberichte sind dem AG 3-fach zu übergeben.

3.13.4. Zusätzliche Kontrollprüfungen

Gemäß DA Nr. 11/12-33/5 v. 13.07.2012 kann der AN binnen 6 Wochen nach Übergabe der Kontrollprüfungsergebnisse zusätzliche Kontrollprüfungen beantragen. Dazu sind die Ergebnisse der Eigenüberwachung vorzulegen. Entsprechendes gilt für die erneute Kontrollprüfung der Griffigkeit im Folgejahr.

3.13.5. Kontrollprüfungen an Kanälen und Schächten

Entfällt

3.13.6. Bohrkernentnahmestellen

Die Bohrkernentnahmestellen werden vom AN und AG gemeinsam festgelegt.

3.13.7. Güteüberwachung von Gesteinsmaterial

Für den Oberbau von Straßen und Wegen werden nur Korngruppen und Gemische aus Mineralstoffen verwendet, die einer Güteüberwachung gemäß den Richtlinien für die Güteüberwachung von Mineralstoffen im Straßenbau TL SoB-StB 04 unterliegen und für den Verwendungszweck geeignet sind.

Vom AN werden als Nachweis die neuesten Berichte der Fremdüberwachung rechtzeitig vor Baubeginn dem AG vorgelegt, wobei darauf geachtet wird, dass nur in Thüringen zugelassene Prüfungsinstitute anerkannt werden.

Die Eignungsprüfungen für sämtliche bit. Baustoffe und das Frostschutzmaterial sind vor Baubeginn mit den üblichen Rückschreiben nach Zuschlagerteilung dem AG zu übergeben.

3.13.8. Nachweis der Betongüte

Für den Beton gilt folgendes:

1. Baustellenbeton gem. DIN 1045 Ziffer 2.1.2 Buchstabe f.

Bei Verarbeitung von mindestens 10 m³ Beton und für je weitere 30 m³ einer Güteklasse werden 3 Probewürfel vom AN hergestellt und in einer vom AG anerkannten Prüfstelle geprüft. Dabei ist es gleichgültig, ob der Beton für einen oder verschiedene Bauteile geliefert wird.

2. Transportbeton gem. DIN 1045 Ziffer 2.1.2 Buchstabe g

Für die Güteprüfung und Anzahl der vom AN herzustellenden Probewürfel gelten die Bestimmungen der DIN 1045 Ziffer 7.4.1.

3.13.9. Muster für Bauteile

Auf Verlangen sind dem AG Muster aller zum Einbau angedachten Bauteile kostenfrei vorzulegen. Der Einbau dieser Teile darf erst nach der schriftlichen Zustimmung des AG erfolgen.

4. Ausführungsunterlagen

4.1. Vom Auftraggeber zur Verfügung gestellte Ausführungsunterlagen

- Ausschreibung
- Ausführungsplanung (im Auftragsfall)

Dem AN wird die Verpflichtung übertragen, dass sämtliche Ausführungs- und Absteckungsunterlagen vor Ausführung inhaltlich zu überprüfen und mit den tatsächlichen örtlichen Gegebenheiten durch eigene Kontrollmessungen abzugleichen sind. Bei der Feststellung eines offensichtlichen oder auch nur vermuteten Fehlers hat der AN schriftlich den AG zwecks Klärung zu unterrichten. Der AN ist für die ordnungsgemäße Lage und Höhe der auszuführenden Leistung allein verantwortlich.

4.2. Vom Auftragnehmer zu erstellende bzw. zu beschaffende Ausführungsunterlagen

(nach Zuschlagserteilung)

Der AN legt dem AG vor Baubeginn bzw. zur SR folgende Unterlagen vor:

- Bauzeitenplan / Bauablaufplan mit Fortschreibung / Erläuterung des Bauablaufs
- Finanzierungsplan/ Zahlungsplan
- Prüfplan für Eigenüberwachungsprüfungen, erweiterbar um Kontrollprüfungen des AG
- sämtliche Eignungsprüfungen, Eignungsnachweise und Erstprüfungen
- Bürgschaften für Vertragserfüllung und Gewährleistung
- Mitteilung über die Bauleitung (entsprechend Vordruck HVA B-StB) nach Abforderung
- Beweissicherung / Dokumentationsaufnahmen
- Statische Nachweise für Rohrleitungen, Bauwerke und Baugrubenverbau
- Schachterlaubnisscheine aller Versorgungsträger
- Einleitgenehmigungen für Wasserhaltungsmaßnahmen
- Verkehrsrechtliche Anordnung, Umleitungspläne, Beschilderungsplan für Verkehrssicherung
- Baubeginnanzeige/ Fertigstellungsmeldung
- Abrechnungszeichnungen
- Bautagesberichte entsprechend ZVB/E StB 2002 (täglich vorzulegen)
- Urkalkulation im verschlossenen Umschlag
- Sicherheits- und Gesundheitsschutzplan
- Bestandsdokumentation der vorhandenen Markierung

Sofern für die genannten Unterlagen keine Positionen im LV vorgesehen sind, werden diese nicht gesondert vergütet und sind in das Angebot einzukalkulieren.

Sämtliche Zeichnungen sind mit Lochverstärkungstreifen zu versehen.

Nach der Bauabnahme ist eine Übergabedokumentation in 2-facher Ausfertigung vom AN anzufertigen. Die Dokumentation ist vom AN zu unterzeichnen.

Die Übergabedokumentation enthält alle als Nachweis für die Abrechnung notwendigen Aufmaße, Zertifikate, Protokolle der Eigenüberwachung, Vereinbarungen usw.

5. Zusätzlich Technische Vorschriften und Vertragsbedingungen (gem. § 1 Nr.2 VOB/B)

Alle für die erforderlichen Bauleistungen zutreffenden technischen Vorschriften und zusätzlichen technischen Vertragsbedingungen gelten in der neusten verabschiedeten Fassung.

Für die Verlegung von Abwasserleitungen gilt ergänzend zur DIN 1610 auch die DWA-A 139.

In den Einheitspreisen sind alle Kosten für Maschinen-, Hebezeug- u. Personaleinsatz, Nebenleistungen, erforderliche Materialien, Befestigungen, Dichtmittel, Zubehörteile, Gerüste und Schutzvorkehrungen, Sicherungsmaßnahmen, Abdeckungen und Schutz vorhandener Bauteile und Einrichtungen einzurechnen, sofern sie nicht in einer gesonderten Position aufgeführt sind.

Für die Durchführung der Arbeiten sind maßgebend:

- die Leistungsbeschreibung ergänzt durch Angaben der Bauleitung
- die Ausführungspläne des Planungsbüros, Statikers und der Sonderfachleute
- die einschlägigen Grund- und Fachregeln
- Unfallverhütungsvorschriften für Bauarbeiten und Merkblätter der Berufsgenossenschaft
- sämtliche hier zutreffenden und zurzeit gültigen DIN-Vorschriften

Im Allgemeinen gelten die jeweils neuesten Bestimmungen der VOB, Teile B und C und die einschlägigen Richtlinien für die jeweilige Leistungsart in neuester Fassung.

Gegen Verschmutzungen und Beschädigungen an Bauteilen jeder Art sind geeignete Vorkehrungen zu treffen. Der Auftragnehmer haftet für alle entstehenden Schäden. Umsichtig vorzugehen ist bei Sichtbeton und Sichtmauerwerk.

Die Bestimmungen der allgemeinen Abfallbeseitigung sind strengstens zu beachten. Schutt- und Abfallentsorgung aus eigenen Leistungen hat der Auftragnehmer selber zu übernehmen. Für Bauschutt, dessen Ursache nicht feststellbar ist, wird der AN mit den anteiligen Beseitigungskosten belastet

Die Arbeit anderer Handwerker ist bei der Ausführung vor Schäden und Verschmutzung sorgfältig zu schützen.

Der Auftragnehmer hat sich durch Besichtigung der Örtlichkeit und der Pläne vor Angebotsabgabe zu informieren, ob alle seiner Kalkulation zugrundeliegenden Annahmen gegeben sind. Irgendwelche Forderungen, die durch Unkenntnis der örtlichen Verhältnisse oder der Planunterlagen seitens des Auftragnehmers entstehen sollten, werden nicht anerkannt.

Die Pläne für dieses Objekt können zu üblichen Bürostunden, nach vorheriger telefonischer Terminvereinbarung beim Ingenieurbüro eingesehen werden.

In die Preise sind folgende Kosten mit einzukalkulieren:

Transporteinrichtungen, Vorkehrungen bei zu erkennender Gefahr, auch Dritten gegenüber, der Verschnitt, die Sicherung von oberirdischen Leitungen und Kabeln, Arbeits- und Schutzgerüste, Abdecken und Umkehren von Öffnungen über die eigene Benützungsdauer hinausgehend, Stemmarbeiten zur Herstellung von Auflagern, Verankerungen, usw., Höhenausgleichungen und Unterlagen bei unterschiedlichen Höhen.

Der Auftragnehmer hat für die Dauer seiner Auftragsabwicklung darauf zu achten, dass bis zur Übergabe seiner Leistung an den Auftraggeber die Arbeiten ohne gegenseitige Gefährdung und

ohne Gefährdung Dritter durchgeführt werden können. Alle hieraus zu erwartenden zusätzlichen Kosten, einschl. eventuell erforderlicher Versicherungen, sind in den Einheitspreisen enthalten und werden nicht gesondert vergütet.

Die in den Plänen angegebenen Maße und Höhenkoten sowie Angaben der Bauleitung sind genau einzuhalten. Zu groß ausgeführte Durch- und Abbrüche werden nicht vergütet, und sind auf Kosten des Auftragnehmers auf das verlangte Maß herzustellen.

Differenzen zwischen Plänen und Leistungsbeschreibung sind vor der Ausführung mit der Bauleitung so zu klären, dass über die gewünschte Ausführung völlige Klarheit herrscht und die Arbeiten im Rahmen des Terminplanes ausgeführt werden können.

Hat der Unternehmer Bedenken irgendwelcher Art gegen geplante Ausführungen und Montagen hinsichtlich Art, Technik, Sicherheit oder Schutzvorkehrungen, so sind diese mit Angebotsabgabe schriftlich anzumelden. Unterlässt er dies, hat der Auftragnehmer die folgenden Konsequenzen oder eventuell daraus entstehenden Kosten zu tragen.

Sämtliche Unfallverhütungsvorschriften, bau-, orts- und sicherheitspolizeiliche Vorschriften sind gewissenhaft einzuhalten. Die volle Verantwortung hierfür liegt beim Unternehmer.

Der Unternehmer hat Schutzvorrichtungen so lange bestehen zu lassen, bis jede Gefährdung von Personen oder Sachen ausgeschlossen ist. Die volle Verantwortung hierfür trägt der Auftragnehmer. Er haftet für jeden Schaden bzw. Folgeschaden an Personen oder Sachen des Auftraggebers oder

Dritten, es sei denn, er weist nach, dass der Schaden keinesfalls durch Nichtbefolgung der vorstehenden Bestimmungen sowie durch seine oder seiner Mitarbeiter Schuld entstanden ist.

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, alle durch ihn verursachten Schäden am Bauwerk oder fremden Eigentum sofort auf seine Kosten zu beheben. Der Auftragnehmer haftet für alle gegen den Auftraggeber erhobenen Ansprüche, die durch den Unternehmer verschuldet oder durch Fahrlässigkeit entstanden sind.

6. Bauwesenversicherung

Es ist eine Bauwesenversicherung abzuschließen und in die Einheitspreise bzw. Baustelleneinrichtungspositionen einzukalkulieren.

7. Kalkulation

In den vom AN angebotenen Einheitspreisen sind jeweils die kompletten Leistungen, einschließlich erforderlicher Materiallieferungen, Qualitätsnachweise und Lohnleistungen enthalten, sofern nichts Gegenteiliges beschrieben bzw. zwischen AG und AN vereinbart ist.

Der notwendige Abrechnungsaufwand ist in die einzelnen Einheitspreise einzukalkulieren.

Nach Auftragsvergabe hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber die Kalkulation des Angebotes in einem verschlossenen Umschlag zu geben. Dieser bewahrt den Umschlag auf. Die Kalkulation wird dem Auftragnehmer nach Beendigung der Arbeiten zurückgegeben. Der Auftraggeber verpflichtet sich, diese Unterlagen keinem Dritten zugänglich zu machen und über den Inhalt der Kalkulation Stillschweigen zu

bewahren. Zur Prüfung von Nachtragsangeboten kann diese Kalkulation im Beisein eines Firmenvertreters eingesehen werden. Sollte der Auftragnehmer die Kalkulation nicht oder nicht rechtzeitig abgegeben haben, so werden bei der Prüfung von Nachtragsangeboten allgemeine Erfahrungssätze seitens der Bauüberwachung angesetzt.

Falls nichts weiter angegeben ist, sind sämtliche zur Durchführung der Baumaßnahme erforderlichen Teile, Materialien und Stoffe frei Bau bzw. Verwendungsstelle zu liefern.

8. Besondere Bedingungen für technische Vorschriften

Die Arbeiten sind grundsätzlich nach den Entwurfs- und Ausschreibungsunterlagen durchzuführen. Vom Auftragnehmer gewünschte Sondervorschläge und Teilleistungen bedürfen der Zustimmung der Bauleitung.

Sondervorschläge werden gewertet, wenn diese ausreichend beschrieben sind und eine gleichbleibende qualitative Ausführung beinhalten. Es ist die entsprechende Gewährleistung zu übernehmen.

9. Rechnungslegung/ Aufmaße

Die Rechnungslegung erfolgt mit fortlaufend nummeriertem Aufmaß und Mengenberechnung (fortlaufend kumuliert). Aufmaße sind mit jeder Abschlagsrechnung einzureichen. Abschlagsrechnungen werden nur entgegen genommen mit dazugehörigem Aufmaß und dem aktuellen Stand der Bestandsvermessung.

Pauschalrechnungen werden nicht akzeptiert, Vorauszahlungen nur bei Vorlage entsprechender Bürgschaften.

Die Endabnahme erfolgt erst nach Fertigstellung sämtlicher Arbeiten.

Spätestens bis zur Übergabe der Schlussrechnung an das Ing.-Büro sind sämtliche Lieferscheine sowie Wiegescheine der Ausbaustoffe einschließlich Entsorgungsnachweis, getrennt nach den einzelnen Positionen und Losen mit Deckblatt mit Zusammenstellung (Datum, Menge, Gewicht) vorzulegen (Liefer- u. Wiegescheine die nachträglich, ohne besondere Begründung, der örtlichen Bauüberwachung vorgelegt werden, bleiben unberücksichtigt).

Reicht der AN die Schlussrechnung nicht fristgerecht ein, so wird auf seine Kosten die Abrechnung von der Bauleitung erstellt. Hierfür werden 3% der Endsumme berechnet. Alle Rechnungen und die beizufügenden Unterlagen wie Massenermittlung, Abrechnungszeichnungen usw. sind der örtlichen Bauüberwachung in 2-facher Ausfertigung zu übergeben.

Die Endabnahme erfolgt erst nach Fertigstellung sämtlicher Arbeiten.

10. Durchführung des Bauvorhabens/ Ausführungsfristen

Mit dem Bauvorhaben ist schnellstmöglich nach Auftragsvergabe zu beginnen. Der Baubeginn ist 7 Tage nach Zugang des Auftragsschreibens vorgesehen. Die im Leistungsverzeichnis beschriebenen Ausführungszeichnungen und Standsicherheitsnachweise sind bis zum 10.10.2025 beim AG und beim Prüfstatiker einzureichen.

Die Bauarbeiten sollen gemäß der im Bauvertrag angegebenen Frist abgeschlossen werden, d. h. der Auftragnehmer hat dementsprechend Personal und Technik für einen kontinuierlichen und zügigen Bauablauf in erforderlichem Umfang bereit zu stellen. Die Samstage sind als Arbeitstage anzusetzen und höhere Stundensätze in die Einheitspreise mit einzukalkulieren. Auf der Baustelle muss ständig mindestens ein erfahrener sachkundiger Polier oder Schachtmeister anwesend sein. Die Kontrolle durch den Firmenbauleiter hat täglich zu erfolgen.

Schadensersatzansprüche, welche aus einer Bauzeitverlängerung, die der AN zu vertreten hat entstehen, sind einzig Sache des AN. Der Auftraggeber ist berechtigt, die Ausführung oder die Förderung derjenigen Leistungen zu verlangen, welche er mit Rücksicht auf den Gesamtfortgang der Arbeiten für notwendig oder aus sonstigen Gründen als besonders vordringlich erachtet.

Im Falle jahreszeitlich- bzw. witterungsbedingter Bauunterbrechungen ist der gesamte Baubereich bau- und verkehrstechnisch einwandfrei abzusperren und zu sichern, die Sicherungen sind während den Unterbrechungen zu überwachen und zu unterhalten. Hierfür erfolgt keine gesonderte Vergütung. Die Sicherung des Baubereiches vor schädigenden Witterungseinflüssen (z.B. Oberflächenwasser) ist Sache des AN und wird nicht gesondert vergütet.

Sonstige Anlagen

Bezeichnung der Bauleistung:

Sanierung der historischen Unstrutbrücke in Helmsdorf

Brückenbauarbeiten

Inhalt :

- ☒ Übersichtskarte
- ☒ Lagepläne - Kanal und Straßenbau
- ☒ Regelquerschnitt
- ☐ Schachtskizze
- ☐ Schachtliste
- ☒ Baugrunduntersuchung
- ☒ Verkehrsführungskonzept